

INSOLVENZEN IM SAARLAND

AKTUELLE SITUATION, RÜCK- UND AUSBLICK

0. Vorbemerkungen

Das Thema Insolvenzen, häufig ist weniger respektierlich von Pleiten die Rede, steht derzeit verstärkt im Blickpunkt von Fachwelt und Öffentlichkeit. Ursache dafür sind zum einen die gegenwärtigen Rekordhochs an Unternehmenskonkursen und zum anderen die nun endlich erfolgte Verabschiedung eines neuen Insolvenzrechts. Beides ist auch Anlaß, um im folgenden Beitrag die Betrachtung des aktuellen Insolvenzgeschehens im Saarland mit einem Überblick über die längerfristige Entwicklung und einem Ausblick auf die künftige Rechtslage zu verknüpfen. Zuvor einige methodische Hinweise.

1. Methodische Hinweise

Nach der noch bis Ende 1998 gültigen Rechtslage in den alten Bundesländern wird unter dem Oberbegriff Insolvenzen zwischen Konkurs- und Vergleichsverfahren unterschieden¹⁾. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind in der Konkurs- bzw. der Vergleichsordnung enthalten, die gleichermaßen für natürliche und juristische Personen gelten, und zwar nicht nur für Kaufleute, sondern auch für Privatpersonen und deren Nachlässe.

Anlaß zur Einleitung eines Insolvenzverfahrens ist die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners; daneben stellt insbesondere bei Kapitalgesellschaften und Nachlässen aber auch die Überschuldung einen Konkursgrund dar. Ein Antrag auf Konkursöffnung kann bei den zuständigen Amtsgerichten nicht nur vom zahlungsunfähigen Schuldner selbst, sondern auch von dessen Gläubigern gestellt werden. Das Konkursverfahren hat zum Ziel, das gesamte pfändbare Vermögen des Schuldners zur gleichmäßigen Befriedigung der Gläubiger zu verwerten. Erweist sich der Konkursantrag als begründet, entscheidet das Gericht, abhängig von dem verbliebenen Vermögen, entweder auf Eröffnung des Verfahrens oder lehnt diese mangels Masse ab, wenn noch nicht einmal mehr die damit verbundenen Kosten (für Konkursverwalter, Gericht u.s.w.) gedeckt erscheinen. Für ein Unternehmen bedeuten beide Entscheidungen auf jeden Fall das Ende seiner Existenz.

Ein Vergleichsverfahren kann dagegen ausschließlich vom Schuldner beantragt werden und hat die Sanierung und Weiterführung des Unternehmens nach einem von den Gläubigern

abzusegnenden Teilschulderlaß zum Ziel. Der entsprechende Antrag wird vom Gericht aber nur akzeptiert, wenn die Erfüllung von mindestens 35% der Gläubigerforderungen gegeben erscheint; erweist sich diese Annahme im weiteren Verlauf als nicht mehr haltbar, erfolgt ein Anschlußkonkursverfahren.

Im Rahmen der Statistik der Zahlungsschwierigkeiten melden die Amtsgerichte den Statistischen Landesämtern die tatsächlich eröffneten und mangels Masse abgelehnten Konkurs- sowie die Vergleichsverfahren. Handelt es sich um Unternehmen, werden Angaben zu Rechtsform, Alter, Wirtschaftszweig, Handwerkseigenschaft und voraussichtlicher Höhe der Gläubigerforderungen übermittelt; bei Privatpersonen ist nur letztere Angabe relevant. Nach Abschluß der eröffneten Insolvenzverfahren werden deren finanzielle Ergebnisse ebenfalls mitgeteilt. Keine Informationen ergeben sich aus den Amtsgesichtsmeldungen über die eingetretenen Arbeitsplatzverluste²⁾ oder über die Ursachen für die Zahlungsunfähigkeit.

Das Interesse von Wirtschaftspolitik und Öffentlichkeit gilt den Insolvenzen im gewerblichen Bereich, da sie als ein Gradmesser des allgemeinen Wirtschaftsklimas angesehen werden. Private Konkurse sind dagegen als zufallsbedingt anzusehen und haben nur ausnahmsweise, etwa wenn persönlich haftende Gesellschafter von insolventen Personengesellschaften herangezogen werden, einen Bezug zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation; sie sollen deshalb nachfolgend nicht näher betrachtet werden.

2. Aktuelle Situation

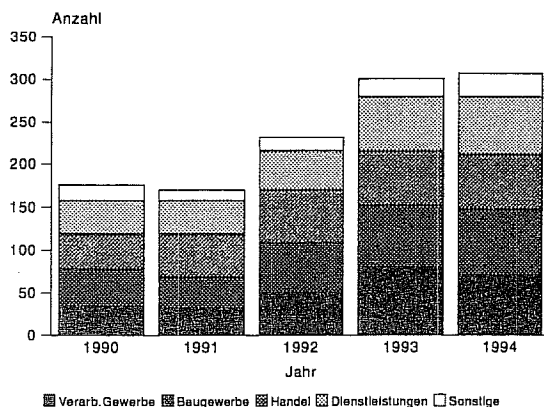
Nach einer fünfjährigen Phase rückläufiger Insolvenzzahlen sind die Unternehmenskonkurse seit 1991 wieder bundesweit im Steigen begriffen. Ausgehend von 170 Fällen 1991, dem niedrigsten Stand seit 10 Jahren, stiegen die gewerblichen Insolvenzen im Saarland in den beiden darauffolgenden Jahren so kräftig an, daß 1993 erstmals die Marke von 300 Verfahren knapp überschritten wurde. Trotz der sich abzeichnenden konjunkturellen Erholung setzte sich der Konkursanstieg auch 1994 noch leicht um 2% fort, so daß mit 307 zahlungsunfähigen Unternehmen neuerlich ein Höchststand erreicht wurde. Die nur noch schwache Zunahme und die

1) In den neuen Bundesländern wird bis 1999 noch nach der sog. Gesamtvollstreckungsordnung verfahren.

2) Eine Größenvorstellung vermittelt die Zahl der Bezieher von Konkursausfallgeld, die von den Arbeitsämtern erfaßt werden. Es dürfte sich dabei aber um eine Untergrenze handeln, da nicht in jedem Fall diese Leistung beantragt wird bzw. häufig schon vor der Konkursbeantragung ein erheblicher Arbeitsplatzabbau stattgefunden hat.

Tatsache, daß nicht mehr alle Branchen steigende Konkurszahlen verzeichneten, können allerdings als Anzeichen gedeutet werden, daß nun der Gipfel erreicht ist und eine Trendwende bevorsteht.

Unternehmensinsolvenzen im Saarland nach Wirtschaftszweigen
1990 bis 1994



SL249

Rückläufig waren die Konkurszahlen 1994 bereits im zuletzt stark betroffenen Verarbeitenden Gewerbe. In den beiden Vorjahren waren hier die Konkurse jeweils um fast 60% angestiegen, so daß das Verarbeitende Gewerbe 1993 mit 80 Fällen die mit Abstand höchste je gemeldete Insolvenzzahl erreichte und der Wirtschaftszweig mit den meisten Konkursen war. 70 Konkurse in 1994 bedeuten einen Rückgang um 12,5% und Platz zwei hinter dem Baugewerbe mit 77 Verfahren. Für den Anstieg im Baubereich war die Entwicklung im Ausbaugewerbe verantwortlich, wo fast eine Verdoppelung der Firmenzusammenbrüche stattfand und den Rückgang im Bauhauptgewerbe überkompensierte. Mit 69 betroffenen Firmen lag der heterogene Dienstleistungssektor an dritter Stelle; hier hat sich die Zunahme erst 1994 abgeschwächt, nachdem die Verfahrenszahl zuvor um insgesamt zwei Drittel zugenommen hatte. Im nächstplatzierten Handel war mit 64 Fällen dagegen bereits nach dem kräftigen Anstieg von 1992 Beruhigung eingetreten und die Fallzahl fast konstant geblieben.

Die Absolutzahl der Konkurse besagt wenig über das Insolvenzrisiko in einer Branche; in dieser Hinsicht aussagekräftiger sind sog. Insolvenzhäufigkeiten, die die Zahl der gescheiterten Firmen in Relation zum jeweiligen Unternehmensbestand ³⁾ setzen. Danach zeigt sich auch 1994 der Baubereich eindeutig am konkursanfälligsten mit 26 Verfahren je 1000 Unternehmen; es folgen das Verarbeitende Gewerbe mit 18 je 1000 und, mit

großem Abstand, der Handel mit 6 je 1000 und zuletzt der Dienstleistungssektor mit 5 je 1000.

Bei den Insolvenzen handelte es sich auch 1994 wieder ausschließlich um Konkurse, von denen wiederum der Großteil mangels Masse nicht zur Eröffnung kam. 75 eröffneten Konkursen standen 232 mangels Masse abgelehnte gegenüber, d.h., in mehr als drei von vier Fällen kam das gerichtliche Verfahren zur anteiligen Befriedigung der Gläubigeransprüche nicht zustande. Gegenüber 1993 hat die Zahl der Eröffnungen damit leicht ab-, die der Ablehnungen dagegen zugenommen.

Gegensätzlich entwickelten sich auch die Fallzahlen, wenn die betroffenen Unternehmen nach dem Alter in zwei Gruppen eingeteilt werden. Bei den jungen, unter acht Jahre alten Unternehmen ergab sich ein Anstieg auf 245 und damit einen Anteil von 80%, während bei den älteren Firmen ein Rückgang stattfand.

Die am meisten verbreitete Rechtsform unter den zahlungsunfähigen Unternehmen war 1994 erneut die der GmbH (196 bzw. 64% der Fälle); sie liegt auch bezogen auf den Bestand mit über 30 Konkursen pro 1 000 Unternehmen eindeutig in Front.

Die im Zusammenhang mit den Konkursen angemeldeten Forderungen vermitteln eine Vorstellung von der Größenordnung des finanziellen Schadens. Sie sind zunächst 1992 auf knapp unter 100 Mio.DM deutlich langsamer angestiegen als die Fallzahl (+7,5% gegenüber + 37%), um sich dann aber 1993, auch wenn zwei den üblichen Rahmen sprengende Großkonkurse außen vor gelassen werden, gegenüber dem Vorjahr mehr als zu verdoppeln. Bezieht man den Vergleich 1994 auf die insoweit "bereinigte" Forderungssumme des Jahres 1993, so ergibt sich ein Anstieg um 16,3% auf 232 Mio.DM.

3. INSOLVENZENTWICKLUNG SEIT 1970

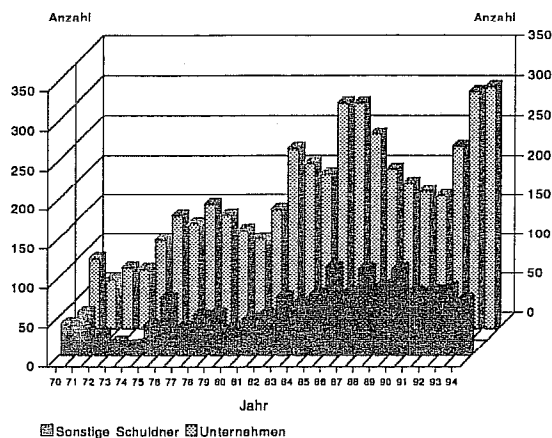
3.1 GRUNDZÜGE

Die nachfolgende Graphik veranschaulicht die Insolvenzentwicklung an der Saar seit 1970, wobei zwischen Unternehmen und sonstigen Gemeinschuldern unterschieden wurde.

Zwei grundlegende Sachverhalte lassen sich erkennen. Erstens wird in allen Jahren das Insolvenzgeschehen durch die Unternehmen dominiert. Diese Tatsache würde noch viel deutlicher bei Einbeziehung der auf beide Schuldnergruppen entfallenden Gläubigerforderungen werden. Zweitens ist -wie einleitend bemerkt- kein irgendwie gearteter systematischer Zu-

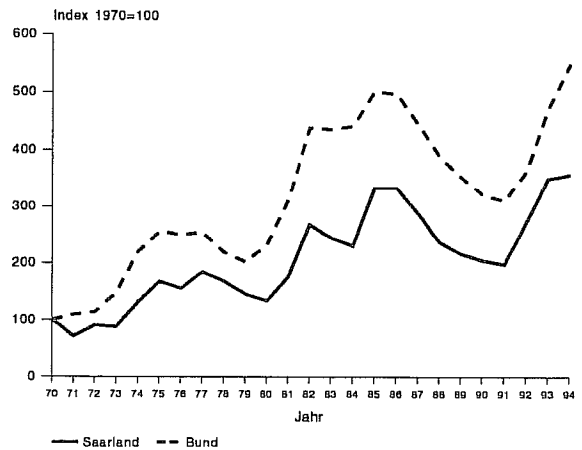
³⁾ Die Angabe über den Unternehmensbestand stammt i.d.R. aus der Umsatzsteuerstatistik; vgl. dazu auch Abschnitt 3.2

Insolvenzen im Saarland 1970 bis 1994



SL250

Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen seit 1970



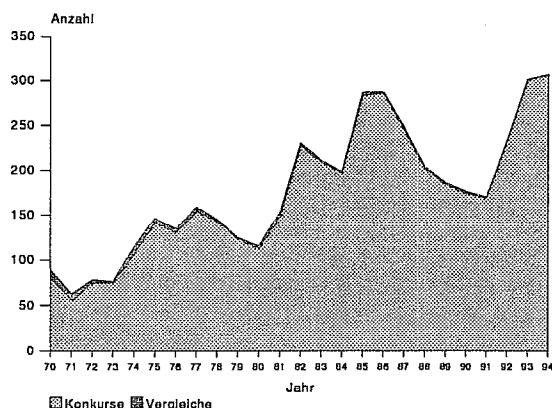
SL252

sammenhang zwischen den Entwicklungen der Insolvenzen im gewerblichen und privaten Bereich zu erkennen.

Beschränken wir uns nun auf die Entwicklung im Unternehmenssektor, wie sie im nächsten Schaubild dargestellt ist.

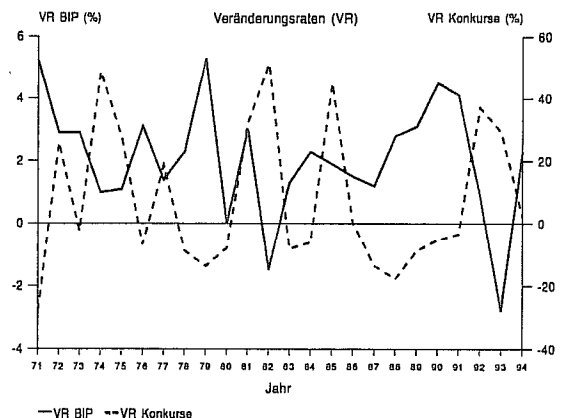
Inwieweit die Insolvenzentwicklung von der allgemeinen Wirtschaftslage bestimmt und sich die Insolvenzen daher als Konjunkturindikator eignen, soll anhand eines Vergleichs der Wachstumsraten des BIP und der Unternehmenskonkurse untersucht werden.

Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen im Saarland 1970 bis 1994



SL251

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1991) und Unternehmensinsolvenzen im Saarland 1971 bis 1994



SL253

Der erste Eindruck ist der eines unregelmäßig ansteigenden Gebirges. 1974 wurden erstmals mehr als 100 Fälle gemeldet, es folgen neue Gipfelwerte 1975 und 1977. 1982 wurde bereits nach einer kräftigen Steigerung erstmals die 200-Marke überschritten, bevor in den Jahren 1985 und 1986 ein kleines Gipfelplateau erreicht wurde. Der neuerliche Anstieg nach 1991 überschritt dann schließlich 1993 die Grenze von 300 Verfahren, scheint aber nun zum Stillstand zu kommen.

Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen im Saarland folgte im wesentlichen dem nationalen Trend, wie der Verlauf der Indexkurven für das Saarland und die Bundesrepublik (west) verdeutlicht.

Der zu vermutende negative Zusammenhang -Insolvenzen steigen bei nachlassender Wirtschaftsleistung und vice versa- läßt sich zwar vielfach erkennen, er ist jedoch nicht sehr stringent. Auch wenn ein niedrigeres Aggregationsniveau gewählt und für einzelne Branchen die beiden Veränderungsdaten jeweils gegenübergestellt werden, wird kein deutlicherer Gegenverlauf der Kurven sichtbar; eine Phasenverschiebung bringt ebenfalls keine Verbesserung. Zu den gleichen Feststellungen gelangt man auch auf Grundlage der Bundesergebnisse.

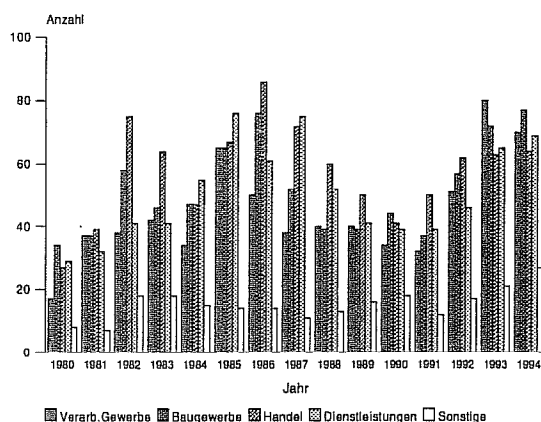
Diese Beobachtungen werden durch Untersuchungen zu den Konkursursachen, wie sie u.a. von Bankenseite angestellt

werden, in gewisser Weise bestätigt bzw. erfahren dadurch eine Erklärung. Die mit Konjunkturreinbrüchen verbundene allgemeine Absatz- und Auftragsflaute bildet danach nicht die häufigste bzw. nicht die Hauptursache für das Scheitern der Unternehmen. Die Spannweite der angeführten Gründe reicht von Kapitalmängeln bis zu Problemen im Privatbereich; zudem handelt es sich häufig um ein Zusammentreffen mehrerer Ursachen⁴⁾. Der Einfluß der allgemeinen Wirtschaftslage ist dabei vielfach nur ein mittelbarer, insoweit als die Folgen der ohnehin vorhandenen spezifischen Probleme in Krisenzeiten verstärkt zu Tage treten und vermehrt durchschlagen.

3.2 BRANCHENSTRUKTUR

Einen Eindruck, wie sich die Insolvenzen im Saarland auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen, vermittelt das nachfolgende Schaubild.

Unternehmensinsolvenzen im Saarland nach Wirtschaftszweigen
1980 bis 1994



SL254

Über die Jahre zeigt sich keine feste Rangordnung, was den Wirtschaftszweig mit den meisten Insolvenzen anbetrifft. Am häufigsten nahm der Handel die Spitzenposition ein; an zweiter Stelle liegt, noch deutlicher, wenn die 70-iger Jahre in die Betrachtung einbezogen werden, das Baugewerbe. Der Dienstleistungssektor war vor allem Mitte der 80-iger Jahre betroffen, während das Verarbeitende Gewerbe erst- und einmalig 1993 die meisten Konkurse verzeichnete.

Die Branchenstruktur der Insolvenzen auf Bundesebene ist im Vergleich dazu stabiler; seit 1984 zählt der Dienstleistungssektor regelmäßig die meisten Insolvenzen. Zuvor an erster und nun konstant an zweiter Stelle rangiert der Handel. Das

Verarbeitende Gewerbe nahm lediglich bis Mitte der 70-iger Jahre noch häufiger Platz 1 ein, wohingegen das Baugewerbe auf Bundesebene seit 1970 noch nie Spitzenreiter war.

Um das Konkursrisiko abzuschätzen, eignen sich -wie oben erwähnt- besser als die Absolutzahlen die Insolvenzhäufigkeiten. Die für die Berechnung dieser Relation im Nenner notwendige Angabe über den gesamten Unternehmensbestand liegt allerdings nur in großen Zeitabständen vor, und zwar im Rahmen der i.d.R. zusammen mit der Volkszählung durchgeführten Arbeitsstättenzählung, die in der Bundesrepublik zuletzt 1987 und davor 1970 stattfand. Für die dazwischenliegende Zeit greift man auf die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik zurück, die alle zwei Jahre durchgeführt wird und gegenüber den sonstigen Wirtschaftsstatistiken den Vorteil hat, daß sie sich auf alle Wirtschaftszweige erstreckt. Allerdings, da sie sich als Sekundärstatistik nach den steuerrechtlichen Regelungen richten muß, werden erst Unternehmen ab einer gewissen Größe -derzeit ab 25000 DM Jahresumsatz- erfaßt. Diese Abschneidegrenze scheint sich im Saarland stärker bemerkbar zu machen als auf Bundesebene, wie sich aus dem Vergleich der Zahl der Unternehmen laut Umsatzsteuerstatistik und der in der Arbeitsstättenzählung erfaßten zeigt⁵⁾. Dadurch fallen die auf Basis der Umsatzsteuerstatistik errechneten Insolvenzhäufigkeiten im Saarland tendenziell etwas überhöht aus. Allerdings ist diese Verzerrung nicht so groß, als daß sie für den -bis auf wenige Ausnahmen- ständig ungünstigen vorderen Platz verantwortlich wäre, den das Saarland beim Vergleich der Insolvenzhäufigkeiten unter den Bundesländern einnimmt. Seit 1992 liegt das Saarland sogar an erster Stelle, nachdem es zuvor meistens noch von Berlin oder Bremen übertroffen worden war.

Was die Rangfolge der Branchen hinsichtlich ihrer Konkursanfälligkeit (Zahl der Konkurse in Relation zum Unternehmensbestand) anbetrifft, entspricht die im Saarland der bundesdeutschen: an der Spitze liegt jeweils durchgängig das Baugewerbe, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe, dem Handel und zuletzt dem Dienstleistungssektor; dabei zeigt sich die oben angesprochene überdurchschnittliche Insolvenzhäufigkeit im Saarland vor allem in den beiden erstgenannten Wirtschaftszweigen.

Insbesondere aus branchen- und regionalanalytischer Sicht erscheint neben den Insolvenzhäufigkeiten auch die Gegen-

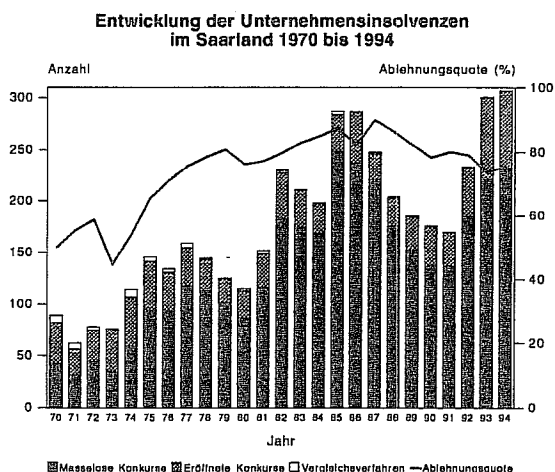
4) Vgl. u.a.: Die Untersuchung von Unternehmensinsolvenzen im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung durch die Deutsche Bundesbank, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1992, S. 33.-

5) Für die Bundesrepublik ergibt sich eine Erfassungsquote der Umsatzsteuerstatistik (=Zahl der Unternehmen laut Umsatzsteuer dividiert durch Zahl der Unternehmen laut Arbeitsstättenzählung) von 85 % für 1970 und von 92 % für 1987/86. Im Saarland lagen die Quoten dagegen nur bei 74 % bzw. 86%.

überstellung der Insolvenzen mit den Unternehmensgründungen interessant. Auf diesen Vergleich soll an dieser Stelle aber nicht weiter eingegangen werden; angemerkt sei nur, daß hierbei ebenfalls eine Datenlücke besteht, da die in Frage kommenden Statistiken - das sind die Statistik der Gewerbean- und -abmeldungen, die Umsatzsteuerstatistik und die Statistik der Kapitalgesellschaften - derzeit kein vollständiges Bild des Gründungsgeschehens vermitteln.

3.3 VERGLEICHE, KONKURSE, ERÖFFNUNGEN

Wenn trotz der inhaltlichen Unterschiede - siehe oben - auch vorstehend die Begriffe Insolvenzen und Konkurse häufig synonym verwendet wurden, so ist dies gerechtfertigt wegen des in der Praxis nur noch seltenen Vorkommens von Vergleichsverfahren. Wie bereits Schaubild 3 und deutlicher noch der nachfolgenden Graphik zu entnehmen ist, spielen Vergleichsverfahren nicht erst in der aktuellen Hochphase,



SL255

sondern bereits seit den siebziger Jahren im Saarland so gut wie keine Rolle mehr.

In den letzten vier Jahren wurden überhaupt keine Vergleichsverfahren eröffnet, und in den zurückliegenden 10 Jahren waren unter insgesamt fast 2400 Insolvenzen gerade acht Vergleichsverfahren. Bundesweit gilt entsprechendes: bei im Schnitt jährlich über 11000 Insolvenzen handelte es sich in den vergangenen 10 Jahren jeweils nur in weniger als 60 Fällen um Vergleiche, von denen auch noch die in Anschlußkonkurse übergegangenen Verfahren abzusetzen wären. Daraus ist zu schließen, daß nur in ganz wenigen Fällen die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Unternehmen so frühzeitig den Weg zum Amtsgericht gefunden haben, als für sie noch die

Chance einer Weiterführung nach Teilschuldenlaß gegeben war. Umgekehrt heißt das aus Gläubigersicht, daß Deckungsquoten wie die für ein Vergleichsverfahren vorgeschriebenen mindestens 35% ganz seltene Ausnahmen sind.

In den meisten Fällen stellt sich die Situation für die Gläubiger nämlich weit unbefriedigender dar. Zum einen liegt die Deckungsquote insgesamt bei den eröffneten Konkursverfahren über die Jahre bei nur rd. 6%, wobei sich für die sog. bevorrechtigten Forderungen⁶⁾ zwar ein Erfüllungsgrad von etwa 30%, für die -den Großteil ausmachenden- nicht bevorrechtigten Ansprüche aber ein weit unter 6% liegender Satz ergibt. Würde man zudem die Deckungsquoten je Verfahren mitteln - und nicht wie vorstehend den Mittelwert als insgesamt vorhandene Teilungsmasse in Prozent der insgesamt angemeldeten Forderungen errechnen -, ergäbe sich ein noch kleinerer Wert, weil die verbliebene Vermögensmasse meist von nur wenigen Großkonkursen stammt, ansonsten aber die Gläubiger von nicht bevorrechtigten Forderungen bzw. von bevorrechtigten Forderungen der hinteren Ränge auch bei eröffneten Konkursverfahren häufig leer ausgehen.

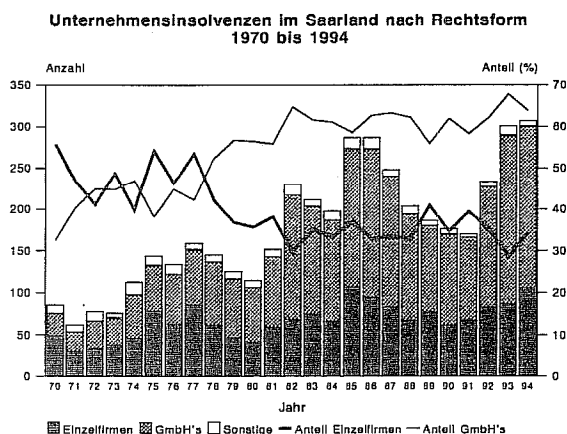
Zum anderen kommt es aber, unabhängig vom Insolvenzniveau, in der Mehrzahl der beantragten Konkurse erst garnicht zum gerichtlichen Verfahren, sondern muß die Eröffnung mangels Masse abgelehnt werden. Im Saarland ist der Anteil der masselosen Konkurse seit 1976 nicht mehr unter die 70%-Marke gesunken, für den Zeitraum seit 1980 liegt die durchschnittliche Ablehnungsquote bei 81%. Bisheriger Spitzenreiter ist das Jahr 1987 mit einer Quote von 89,8%, d.h., in 9 von 10 Fällen kam es nicht zur Konkurseröffnung. Meist liegt der Anteil der masselosen Konkurse im Saarland etwas über dem Bundesdurchschnitt.

Zum Übergewicht der masselosen Konkurse bzw. zu den geringen Deckungsquoten haben auch gesetzliche Regelungen beigetragen. So hat der Gesetzgeber die Aus- und Absonderungsrechte⁷⁾, die den derart privilegierten Gläubigern eine Vorabbedienung aus dem Schuldnervermögen gestatten, immer weiter ausgedehnt und damit die Basis für eine Verfahrenseröffnung geschmälert. Auch die 1974 in Kraft getretene Regelung, daß Konkursausfallgeld an die betroffenen Arbeit-

6) Die Konkursforderungen sind in sechs Rangklassen eingeteilt, von denen fünf - u.a. die Forderungen des Fiskus - als bevorrechtigt gelten. Entsprechend ihres Ranges werden die Ansprüche nacheinander berichtigt. Aufgrund eines Urteils des Bundesarbeitsgerichtes galten seit Ende der 70-iger Jahre auch Forderungen zur Erfüllung eines Sozialplanes als bevorrechtigt mit Rang 1.- 7) Aussonderung von Vermögen, das dem Schuldner nicht gehört (z.B. unter Eigentumsvorbehalt gelieferte und noch nicht restlos bezahlte Gegenstände), Absonderung von Vermögen, das mit Pfandrechten (z.B. Hypothek) belastet ist.

nehmer -rückwirkend für drei Monate- nur noch gezahlt wird, wenn ein Konkursverfahren -wenn auch von vornherein ohne jegliche Aussicht auf Eröffnung- beantragt ist, dürfte zu einer Zunahme der Konkurse, insbesondere der masselosen, beigetragen haben.

Eine andere Erklärung ist in dem Alter und der Rechtsform der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Unternehmen zu sehen. Die Statistik unterscheidet seit 1975 beim Alter zwei Gruppen, wobei die Trennlinie bei 8 Jahren liegt ⁸⁾. In den letzten 20 Jahren waren im Saarland durchschnittlich fast vier Fünftel (78,5%) der Insolvenzunternehmen unter 8 Jahre alt und auch im Bundesschnitt waren es nur geringfügig weniger (76,4%). D.h., der Großteil der betroffenen Unternehmen scheitert bereits in der Aufbauphase. Die Eröffnungsquote von Konkursen solcher jungen Unternehmen liegt deutlich unter derjenigen von schon etablierten Firmen, die über eine breitere Kapitalbasis bzw. bessere Finanzierungsmöglichkeiten verfügen. Im Saarland wurden im Schnitt der letzten 10 Jahre nur 14,6% der Konkurse von jungen Unternehmen, aber immerhin fast ein Drittel (31,5%) der Konkurse von schon älteren Unternehmen eröffnet. Bei letzteren waren dafür allerdings auch die durchschnittlich angemeldeten Forderungen mit 1,5 Mio. DM pro Konkurs mehr als viermal so hoch wie bei den jungen Firmen (370 Tsd.DM).



Betrachtet man die Rechtsform der Konkursunternehmen, so zeigt sich ein zunehmendes Übergewicht der GmbH's. Alter und Rechtsform der Konkursunternehmen hängen insoweit zusammen, als sich die GmbH mit ihrer auf ein relativ niedriges

- 8) Die Grenzziehung bei acht Jahren erwies sich aus empirischen Untersuchungen als sinnvoll und wurde eingeführt, weil die zuvor verlangte Altersangabe häufig fehlte.

vom Gesetzgeber vorgeschriebenes Mindestkapital beschränkten Haftung bei Neugründungen zunehmender Beliebtheit erfreut. Seit Ende der siebziger Jahre firmierten die meisten Konkursunternehmen als GmbH, wobei die in der nachfolgenden Graphik für das Saarland erkennbare Scherenbewegung zwischen GmbH- und Einzelfirmenanteil auf Bundesebene noch deutlicher wird.

Die GmbH ist über die Jahre aber nicht nur die absolut am stärksten vertretene Rechtsform, auch bezogen auf den zunehmenden Bestand ergibt sich für sie die größte Insolvenzhäufigkeit.

4. AUSBLICK: DAS NEUE INSOLVENZRECHT

Das offensichtliche Versagen des bisherigen, zum Teil noch aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Insolvenzrechts, das zunehmend weder den Interessen der in Schwierigkeiten geratenen Schuldner nach Erhalt bzw. Weiterführung ihres Unternehmens noch den der Gläubiger nach Schutz bzw. angemessener Befriedigung ihrer Forderungen gerecht wurde, war bereits 1978 Anlaß zur Einsetzung einer Reformkommission durch den Bundesjustizminister. Die Verabschiedung eines neuen Gesetzes ⁹⁾ zögerte sich aber über 15 Jahre bis Oktober 1994 hinaus, wobei das Vorhaben zuletzt durch die Notwendigkeit der Rechtsangleichung in den alten und neuen Bundesländern forciert wurde.

Das neue ab 1999 gültige Gesetz schafft die Zweispurigkeit von Konkurs- und Vergleichsverfahren ab und setzt ein einheitliches Insolvenzverfahren dagegen. Die Chancen für die Sanierung des Unternehmens werden vielfach verbessert. So kann der Schuldner bereits seinem Insolvenzantrag einen sog. Insolvenzplan beifügen, der bei Annahme einen Eröffnungsbeschluß überflüssig macht. Nach Verfahrenseröffnung kann ein solcher Plan auch noch vom Insolvenzverwalter vorgelegt werden und damit das Verfahren bei Zustimmung der Gläubiger aufgehoben werden. Weiter wurde die Möglichkeit geschaffen, daß mit Einverständnis der Gläubiger der Schuldner verwaltungs- und Verfügungsbefugt bleibt und nur unter die Aufsicht eines Sachwalters gestellt wird. Aus Gläubigersicht ist die Abschaffung der allgemeinen Konkursvorrechte sowie die Einrichtung der Gläubigerversammlung, die nach Offenlegung der Verhältnisse autonom über Sanierung oder Liquidation des Schuldners entscheiden kann, als Verbesserung anzusehen. Zudem wurde das Anfechtungsrecht zur Bekämpfung gläubigerschädigender Vermögensverschiebungen verschärft, und

9) Bundesgesetzblatt Teil I vom 18.10.1994, S. 2866.

die Geschäftsführer von juristischen Personen sollen für die Verfahrenskosten haftbar gemacht werden, wenn sie den Insolvenzantrag pflichtwidrig nicht gestellt haben, wobei -Beweisumkehr- die Annahme der Pflichtwidrigkeit von diesen zu widerlegen ist.

Schließlich wurde auch ein eigenes Verbraucherinsolvenzverfahren eingeführt, das den besonderen Umständen in diesem Bereich verstärkt Rechnung tragen soll. Es zielt zum einen darauf ab, über einen sog. Schuldenbereinigungsplan die Chancen für außergerichtliche Vergleiche zu verbessern und sieht zum anderen nach Verfahrenseröffnung die Möglichkeit der Restschuldbefreiung nach 7-jährigem Wohlverhalten vor.

Ob das neue Insolvenzrecht die in es gesetzten Erwartungen erfüllt, wird die Praxis zeigen. Nachdem die jahrelangen Beratungen zum Abschluß geräuschlos über die Bühne gingen, werden jetzt nach der Verabschiedung erste kritische Stimmen zu einzelnen Regelungen laut. Aus Sicht der Statistik ist zu monieren, daß die statistische Erfassung bei der Gesetzgebung außen vor gelassen wurde, so daß ein eigenes Statistikgesetz notwendig wird. Bezüglich der Erhebungsmerkmale ist dabei als wesentliche Ergänzung nur die Angabe über die verlorengegangenen Arbeitsplätze vorgesehen.

Alwin Baus

Dipl. Volkswirt